

POLICY BRIEF

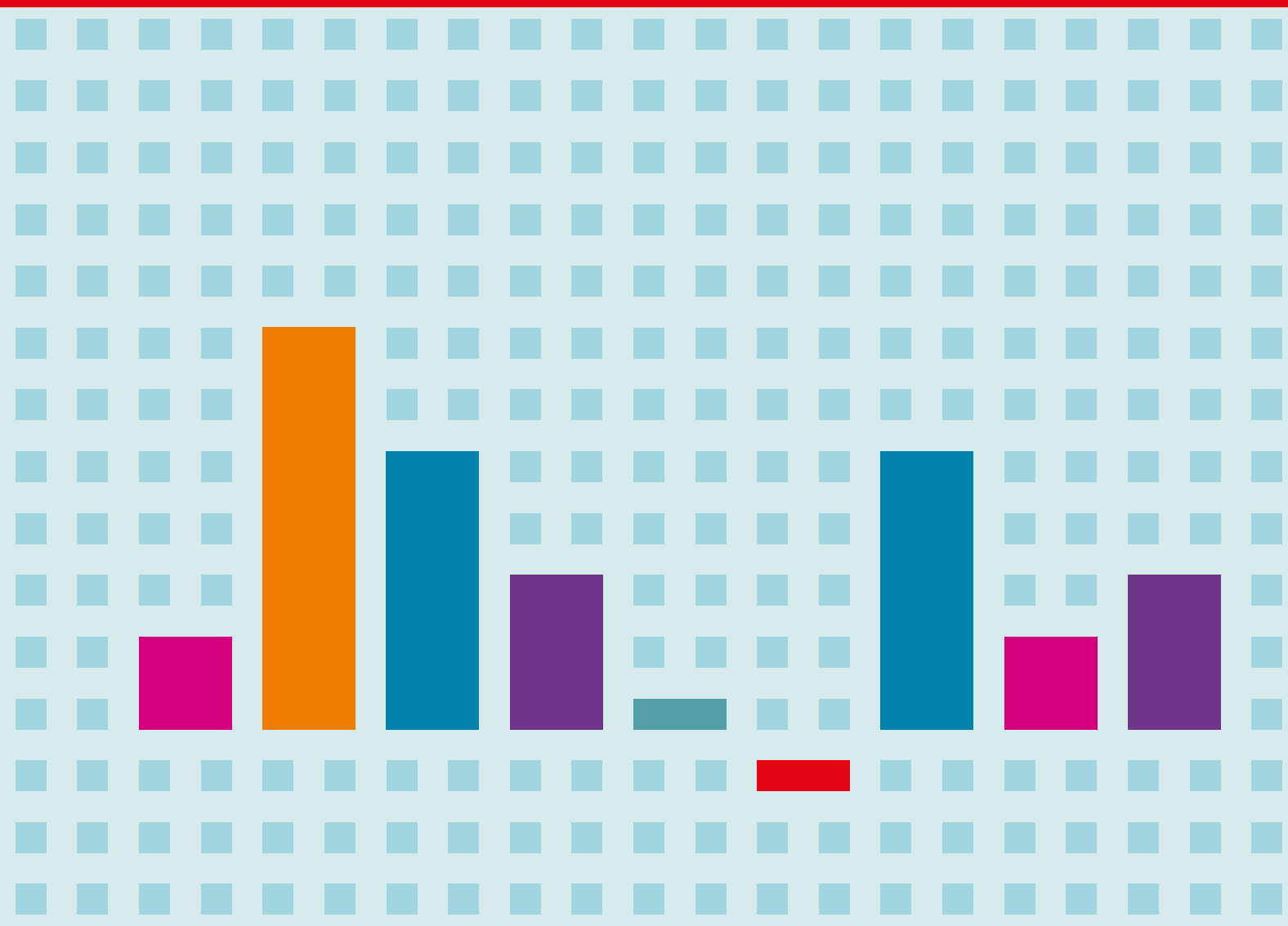
IMK Policy Brief Nr. 222 · August 2026

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

SOZIALSTAATSDEBATTE BELASTET PRIVATEN KONSUM UND VERTRAUEN IN DIE REGIERUNG

Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage

Jan Behringer, Sebastian Dullien, Lukas Endres



SOZIALSTAATSDEBATTE BELASTET PRIVATEN KONSUM UND VERTRAUEN IN DIE REGIERUNG

Erkenntnisse aus einer Online-Umfrage

Jan Behringer¹, Sebastian Dullien², Lukas Endres³

Zusammenfassung

In den vergangenen Monaten wurde intensiv über Reformen des Sozialstaats diskutiert, darunter Leistungskürzungen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, eine Anhebung des Renteneintrittsalters sowie die Streichung der Entgeltfortzahlung am ersten Krankheitstag. Anhand einer aktuellen Online-Umfrage wird in diesem Policy Brief gezeigt, dass diese Debatte bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung zu Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung führt. Mehr als 80 Prozent der Menschen machen sich einige oder sogar große Sorgen um ihre finanzielle Absicherung. Als Konsequenz schränken mehr als 40 Prozent ihre Konsumausgaben ein, sodass die Sozialstaatsdebatte an sich zu einer Belastung für die Konjunktur zu werden droht. Zugleich ist das Vertrauen in die Regierung gering, insbesondere bei Menschen mit großen Sorgen um ihre finanzielle Absicherung. Darüber hinaus zeigt die Umfrage, dass die diskutierten Maßnahmen von einer großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. Dies gilt über alle Parteianhängerschaften hinweg – auch unter Anhänger*innen von Parteien, die entsprechende Reformen fordern. Bemerkenswert ist auch die große Ablehnung in Bevölkerungsgruppen, die von einzelnen Maßnahmen weniger stark betroffen wären. Dies deutet darauf hin, dass die Bevölkerung dem bestehenden Niveau der sozialen Absicherung einen hohen Stellenwert beimisst.

¹ Referatsleitung Makroökonomie der Einkommensverteilung, Jan-Behringer@boeckler.de

² Wissenschaftlicher Direktor, Sebastian-Dullien@boeckler.de

³ Referent Konsum- und Sparverhalten privater Haushalte, Lukas-Endres@boeckler.de

Einleitung

Spätestens seit dem Bundestagswahlkampf 2025 wird in Deutschland über Kürzungen bei den Sozialleistungen diskutiert. Nach kontroversen Debatten über mögliche Einschnitte beim Bürgergeld während des Wahlkampfs einigten sich Union und SPD im Koalitionsvertrag auf die Einsetzung von drei Expert*innenkommissionen für die Bereiche Gesundheit, Rente und Sozialstaat. Die Arbeit dieser Kommissionen wurde in der öffentlichen Debatte von nahezu wöchentlich erhobenen Forderungen nach weiteren Leistungskürzungen begleitet, wie etwa der Einführung von Karenztagen ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Streichung von Zahnersatz als Kassenleistung, Kürzungen bei der gesetzlichen Rente oder eine Anhebung der Regelaltersgrenze. Die im Frühjahr und Sommer 2026 vorgelegten Abschlussberichte der Kommissionen zur Gesundheitsreform und zur Alterssicherung enthielten ebenfalls Vorschläge für spürbare Einschränkungen sozialstaatlicher Leistungen, etwa durch höhere Zuzahlungen bei Medikamenten oder einer Anhebung des Renteneintrittsalters.⁴

Gleichzeitig entwickelt sich die private Inlandsnachfrage in Deutschland schwach. Insbesondere die konsumnahen Branchen stehen unter Druck. So lagen etwa die preisbereinigten Umsätze des Gastgewerbes im Mai 2026 rund 2 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats und sogar 13 Prozent unter dem Wert vom Mai 2022. Aktuelle Konjunkturprognosen gehen davon aus, dass der private Konsum 2026 und 2027 langsamer wachsen dürfte als die Wirtschaft insgesamt (Breuer et al. 2026). Eine wichtige Rolle spielt dabei die im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten weiterhin erhöhte Bruttosparquote der privaten Haushalte. Diese Konsumschwäche könnte in einem Zusammenhang mit der Debatte über den Sozialstaat stehen, wenn Menschen befürchten, dass sozialstaatliche Leistungen künftig eingeschränkt werden, und deshalb verstärkt private Vorsorge betreiben.

Vor diesem Hintergrund untersucht der vorliegende Policy Brief, inwieweit die Debatte über Reformen des Sozialstaats den Menschen Sorgen um ihre finanzielle Absicherung bereitet und in welchem Zusammenhang diese Sorgen mit dem Konsumverhalten und dem Vertrauen in die Bundesregierung stehen. Darüber hinaus wird analysiert, wie die Menschen die derzeit diskutierten Maßnahmen zur Reform des Sozialstaats bewerten. Als Datengrundlage dient eine repräsentative Befragung der Bevölkerung in Deutschland, die im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) im Juni und Juli 2026 durchgeführt wurde.

Die Ergebnisse zeigen, dass die derzeit diskutierten Reformen des Sozialstaats – insbesondere Leistungskürzungen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, eine Anhebung des Renteneintrittsalters sowie die Streichung der Entgeltfortzahlung am ersten Krankheitstag – bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung auslösen. Diese Sorgen gehen mit Einschränkungen der Konsumausgaben sowie einem geringen Vertrauen in die Bundesregierung einher. Zugleich scheinen die Menschen nicht von der Notwendigkeit dieser Reformen überzeugt zu sein. Stattdessen lehnt eine große Mehrheit der Bevölkerung die Reformvorschläge ab. Diese Ablehnung findet sich über alle Parteianhängerschaften hinweg. Selbst unter den Anhänger*innen jener Parteien, die entsprechende Reformen fordern, werden die diskutierten Maßnahmen mehrheitlich abgelehnt. Bemerkenswert ist auch die große Ablehnung in Bevölkerungsgruppen, die von einzelnen Maßnahmen weniger stark betroffen wären.

⁴ Für einen Überblick über die Empfehlungen der Alterssicherungskommission siehe Blank et al. (2026).

Dies deutet darauf hin, dass die Bevölkerung dem bestehenden Niveau der sozialen Absicherung einen hohen Stellenwert beimisst und Einschnitte in den Sozialstaat nicht allein mit Blick auf die eigene Betroffenheit bewertet werden.

Umfrage zur Debatte über Reformen des Sozialstaats

Die Daten für diesen Policy Brief wurden im Rahmen einer repräsentativen Befragung von Personen im Alter von 18 bis 75 Jahren in Deutschland erhoben. Dazu wurden im Zeitraum vom 17. Juni bis 13. Juli 2026 rund 4.000 Personen befragt. Die Befragung wurde als computergestützte Online-Befragung (CAWI) umgesetzt. Die Stichprobe wurde aus einem Online-Access-Panel gezogen und nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Haushaltseinkommen quotiert. Die Quotenvorgaben basieren auf dem bevölkerungsrepräsentativen Mikrozensus 2022 des Statistischen Bundesamtes. Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse die Grundgesamtheit möglichst genau abbilden, wurde die finale Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Region und Haushaltseinkommen gewichtet.

Die Stichprobe kann jedoch in nicht direkt kontrollierten Charakteristiken von der Gesamtpopulation abweichen, da die Teilnahme an Umfragen im Rahmen eines Online-Access Panels einen Internetzugang sowie die selbstständige Registrierung erfordert. In der Literatur werden mögliche Verzerrungen insbesondere in Bezug auf Einkommen, Bildung, Alter und politische Einstellungen intensiv diskutiert (Baker et al. 2010; Callegaro et al. 2014; Cornesse et al. 2020). Verzerrungen der Stichprobe hinsichtlich der politischen Präferenzen der Befragten könnten sich auch in den Einstellungen gegenüber der Bundesregierung widerspiegeln. Ein Vergleich der abgefragten Parteineigung mit der zum Befragungszeitraum aktuellen Sonntagsfrage zeigt lediglich geringe Abweichungen, die durch die Gewichtung der Stichprobe korrigiert werden.

Ein weiterer Kritikpunkt an Online-Befragungen ist, dass monetäre Anreize für die Teilnahme an Umfragen mit einem erhöhten Risiko oberflächlicher oder unaufmerksamer Antworten einhergehen (Callegaro et al. 2014). Zur Sicherung der Datenqualität wurden deshalb Aufmerksamkeitstests implementiert, die bei Falschbeantwortung zum Ausschluss aus der Umfrage führten. Darüber hinaus wurden Befragungsdaten von Teilnehmenden, die durch sehr kurze Bearbeitungszeiten auffielen, in der Analyse nicht berücksichtigt.

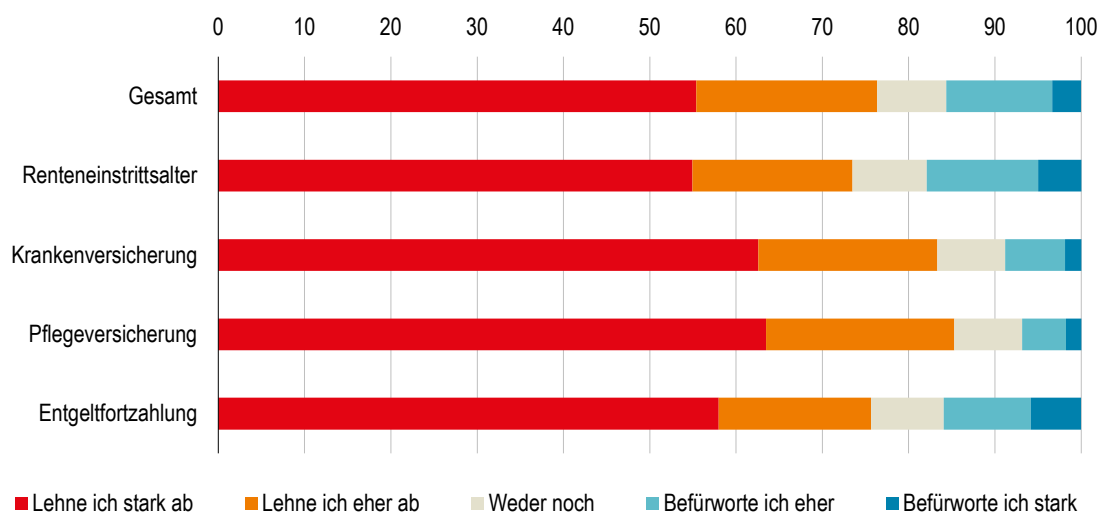
Einstellungen zu Reformen des Sozialstaats

Im ersten Schritt wurden die Einstellungen zu Reformen des Sozialstaats erhoben. Den Befragten wurde zunächst erläutert, dass derzeit unter anderem folgende Maßnahmen zur Reform des Sozialstaats diskutiert werden: (a) Erhöhung des Renteneintrittsalters, (b) Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung, (c) Leistungskürzungen bei der Pflegeversicherung, (d) Streichung der Entgeltfortzahlung am ersten Krankheitstag. Anschließend wurden sie gefragt, inwiefern sie solche Reformen des Sozialstaats insgesamt befürworten oder ablehnen. Die

Antwort konnte dabei auf einer fünfstufigen Skala von „befürworte ich stark“ bis „lehne ich stark ab“ gegeben werden.⁵

Die Umfragedaten zeigen, dass die derzeit diskutierten Maßnahmen zur Reform des Sozialstaats von einer großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden (siehe Abbildung 1). Rund 76 Prozent der Befragten gaben an, solche Reformen des Sozialstaats insgesamt abzulehnen, mehr als die Hälfte äußerte sogar eine starke Ablehnung. Rund 8 Prozent stehen den Reformen neutral gegenüber. Demgegenüber antworteten lediglich rund 16 Prozent, dass sie derartige Reformen befürworten würden.

Abbildung 1: Einstellungen zu Reformen des Sozialstaats
Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Im zweiten Schritt wurden die Teilnehmenden zu ihrer Bewertung der einzelnen Maßnahmen befragt.⁶ Die Ergebnisse zeigen, dass jede der Maßnahmen mehrheitlich abgelehnt wird. Besonders ausgeprägt ist die Ablehnung von Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Mehr als vier von fünf Befragten lehnen solche Maßnahmen ab (rund 83 Prozent bzw. 85 Prozent). Die Streichung der Entgeltfortzahlung am ersten Krankheitstag wird von rund 76 Prozent der Befragten abgelehnt. Zudem gaben rund 73 Prozent der Befragten an, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters abzulehnen.

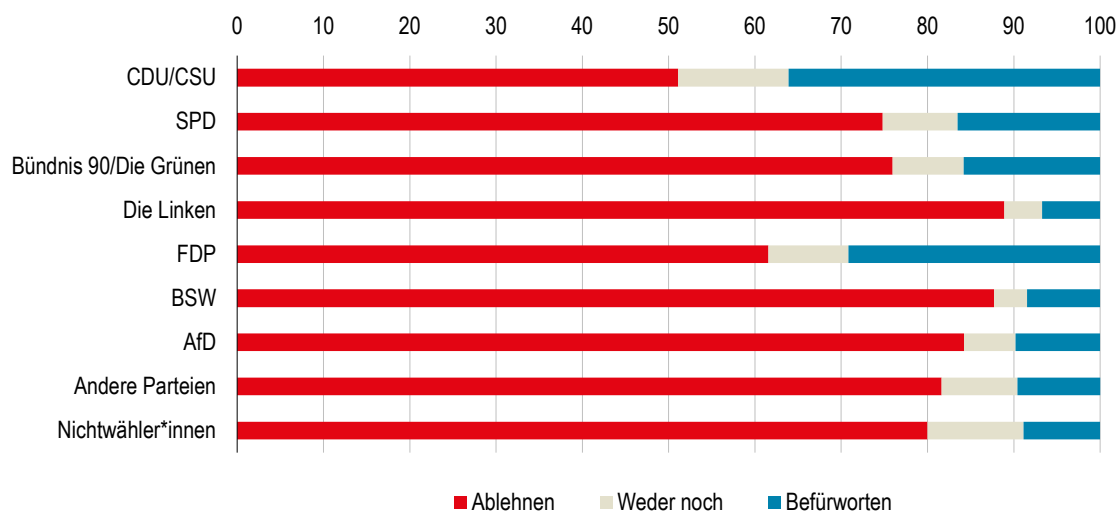
Die Ergebnisse machen deutlich, dass der derzeit diskutierte Abbau des Sozialstaats in der Bevölkerung auf breite Ablehnung stößt. Besonders gering ist die Zustimmung zu Maßnahmen, die mit einer Einschränkung der Leistungen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung verbunden wären. Dies legt nahe, dass große Teile der Bevölkerung dem bestehenden Niveau der sozialen Absicherung einen hohen Stellenwert beimessen und Einschnitte in den Sozialstaat entsprechend kritisch bewerten.

⁵ Bei der Analyse der Einstellungen nach Parteipräferenz sowie nach Haushaltseinkommen, Berufsstand und Alter wurden die Antworten „befürworte ich stark“ und „befürworte ich eher“ zur Kategorie „befürworten“ aggregiert. Die Antworten „lehne ich stark ab“ sowie „lehne ich eher ab“ wurden zur Kategorie „ablehnen“ aggregiert.

⁶ Die Fragen zu den Einstellungen zu einzelnen Maßnahmen wurden den Teilnehmenden in randomisierter Reihenfolge gestellt.

Abbildung 2: Einstellungen zu Reformen des Sozialstaats nach Parteipräferenz

Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



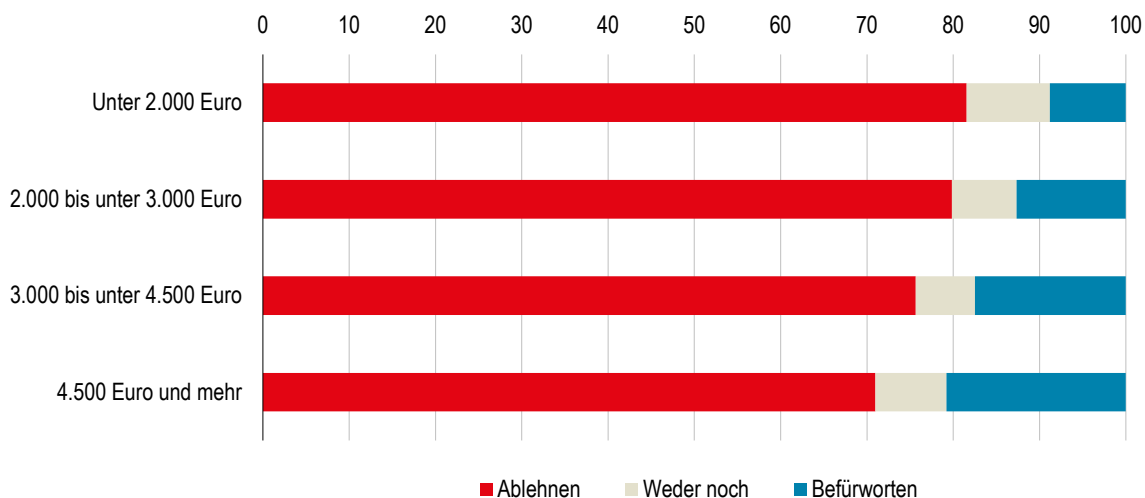
Die Bewertung der diskutierten Maßnahmen unterscheidet sich zwar nach der Parteipräferenz der Befragten. Gleichwohl wird ein Abbau des Sozialstaats über alle Parteianhängerschaften hinweg mehrheitlich abgelehnt (siehe Abbildung 2). Die geringste Ablehnung findet sich unter den Anhänger*innen von CDU/CSU und FDP, wobei auch in diesen Gruppen die Ablehnung überwiegt. Rund 51 Prozent der Anhänger*innen von CDU/CSU sowie rund 62 Prozent der Anhänger*innen der FDP lehnen die Reformen insgesamt ab, während sich lediglich rund 36 Prozent bzw. 29 Prozent dafür aussprechen. Unter den Anhänger*innen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stoßen die Reformen auf noch geringere Zustimmung. In diesen Gruppen lehnen jeweils rund drei Viertel die diskutierten Reformen ab (SPD: rund 75 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen: rund 76 Prozent). Am stärksten fällt die Ablehnung unter den Anhänger*innen von Die Linke und der AfD aus. In diesen Gruppen sprechen sich jeweils mehr als vier Fünftel der Befragten gegen die Reformen aus (Die Linke: rund 89 Prozent, AfD: rund 84 Prozent).

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Reformen des Sozialstaats, die auf Leistungskürzungen oder eine Anhebung des Renteneintrittsalters abzielen, selbst unter den Anhänger*innen der Parteien, die solche Maßnahmen in der politischen Debatte häufiger vertreten, keine mehrheitliche Unterstützung finden.

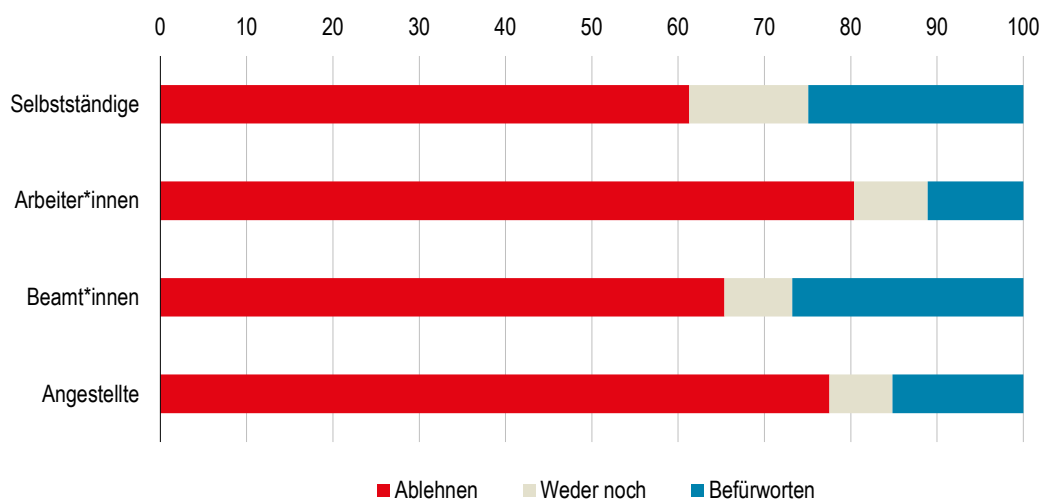
Von den diskutierten Reformen des Sozialstaats wären verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark betroffen. Es ist deshalb bemerkenswert, dass die Maßnahmen gruppenübergreifend auf eine mehrheitliche Ablehnung stoßen. Mit steigendem Haushaltseinkommen nimmt die Ablehnung zwar etwas ab (siehe Abbildung 3a). Dennoch lehnen auch unter den Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 4.500 Euro rund 71 Prozent die Reformen des Sozialstaats ab. Unter den Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 2.000 Euro beträgt dieser Anteil rund 82 Prozent.

Abbildung 3: Einstellungen zu Reformen des Sozialstaats nach Einkommen, Berufsstand, Alter
Angaben in %

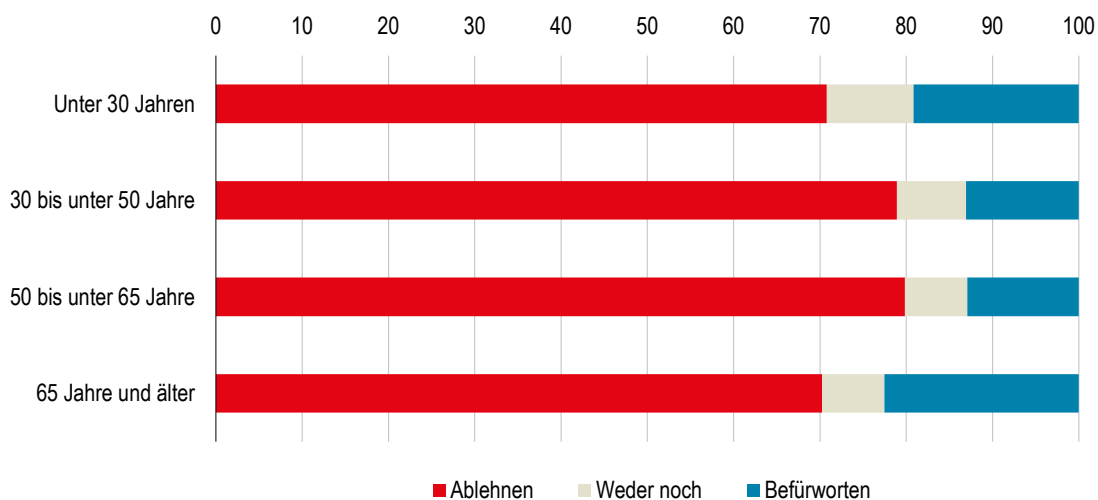
a) Einstellungen nach Einkommen



b) Einstellungen nach Berufsstand



c) Einstellungen nach Alter



Etwas stärkere Unterschiede zeigen sich nach dem Berufsstand der Befragten (siehe Abbildung 3b). Unter Selbstständigen und Beamt*innen fällt die Ablehnung vergleichsweise geringer aus. Doch selbst in diesen Gruppen lehnen mehr als 60 Prozent die diskutierten Reformen ab. Unter Arbeiter*innen und Angestellten sprechen sich jeweils rund vier von fünf Befragten gegen die Reformen aus.

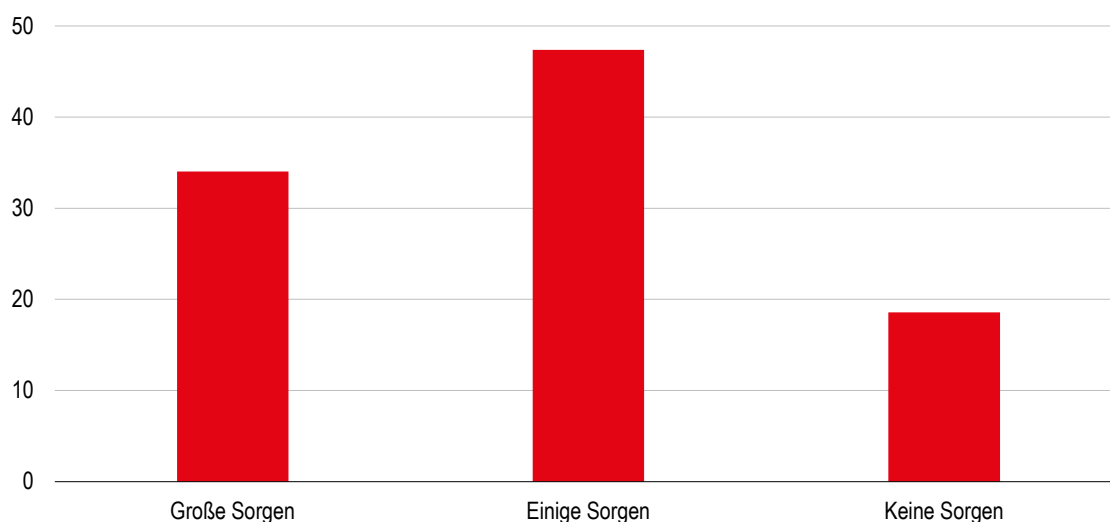
Zwischen verschiedenen Altersgruppen zeigen sich insgesamt nur geringe Unterschiede (siehe Abbildung 3c). Die stärkste Ablehnung findet sich unter den 30- bis unter 50-Jährigen sowie den 50- bis unter 65-Jährigen. Bei den Befragten unter 30 Jahren sowie den Befragten ab 65 Jahren fällt die Ablehnung etwas geringer aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ältere Befragte eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie die Streichung der Entgeltfortzahlung am ersten Krankheitstag, von denen sie selbst überwiegend nicht mehr betroffen sind, seltener ablehnen als die übrigen Altersgruppen. Bei den jüngeren Befragten fällt hingegen die Ablehnung von Leistungskürzungen in der gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung etwas geringer aus. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass ein großer Teil dieser Altersgruppe entsprechende Leistungen bislang noch nicht oder nur in geringem Umfang in Anspruch nimmt.⁷

Sorgen um die finanzielle Absicherung

Sind Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung mit der aktuellen Debatte über den Sozialstaat verbunden? Wir haben die Teilnehmenden der Umfrage danach gefragt, inwieweit ihnen diese Debatte Sorgen um ihre finanzielle Absicherung bereitet. Dabei konnten sie zwischen den Antwortoptionen „große Sorgen“, „einige Sorgen“ und „keine Sorgen“ wählen.

Abbildung 4: Sorgen um die finanzielle Absicherung

Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



⁷ Die Auswertungen zu den Einstellungen zu einzelnen Maßnahmen nach Haushaltseinkommen, Berufsstand und Alter können auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die aktuelle Reformdebatte bei einem großen Teil der Menschen in Deutschland mit Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung verbunden ist (siehe Abbildung 4). Rund 34 Prozent der Befragten gaben an, sich aufgrund der Debatte große Sorgen um ihre finanzielle Absicherung zu machen. Rund 47 Prozent berichteten von einigen Sorgen. Demgegenüber äußerten lediglich 19 Prozent keine Sorgen. Insgesamt machen sich aufgrund der aktuellen Debatte damit mehr als vier von fünf Befragten zumindest einige Sorgen um ihre finanzielle Absicherung. Dies deutet darauf hin, dass viele Menschen ihre künftige finanzielle Absicherung eng mit der Ausgestaltung des Sozialstaats verknüpfen.

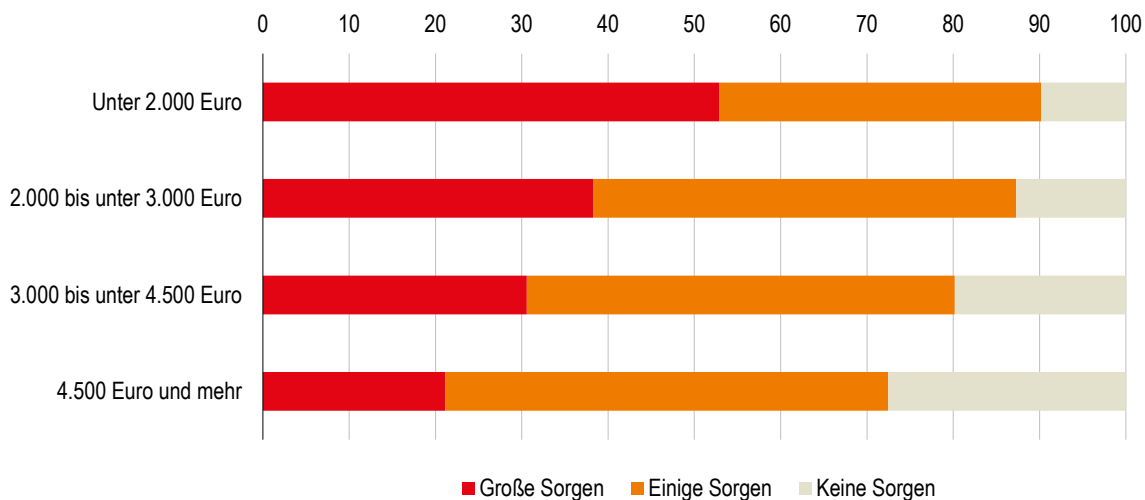
Die Sorgen um die finanzielle Absicherung sind zwar in allen Bevölkerungsgruppen verbreitet. Jedoch fallen sie je nach sozialer Lage und Lebensphase unterschiedlich groß aus. Befragte mit geringen Haushaltseinkommen gaben etwa deutlich häufiger an, dass die aktuelle Debatte über den Sozialstaat bei ihnen große Sorgen um ihre finanzielle Absicherung hervorrufe (siehe Abbildung 5a). So äußerten unter den Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 2.000 Euro rund 53 Prozent große Sorgen, wohingegen dieser Anteil unter den Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 4.500 Euro bei rund 21 Prozent liegt. Umgekehrt steigt der Anteil derjenigen ohne Sorgen mit zunehmendem Einkommen von rund 10 Prozent auf 28 Prozent.

Auch mit Blick auf die berufliche Stellung zeigen sich deutliche Unterschiede (siehe Abbildung 5b). Besonders häufig berichteten Arbeiter*innen (rund 40 Prozent) und Angestellte (rund 33 Prozent) von großen Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung. Bei Selbstständigen (rund 23 Prozent) und Beamten*innen (rund 16 Prozent) fällt dieser Anteil hingegen deutlich geringer aus. Gleichzeitig gaben Selbstständige (rund 31 Prozent) und Beamten*innen (rund 30 Prozent) häufiger an, dass ihnen die Debatte keine Sorgen um ihre finanzielle Absicherung bereite.

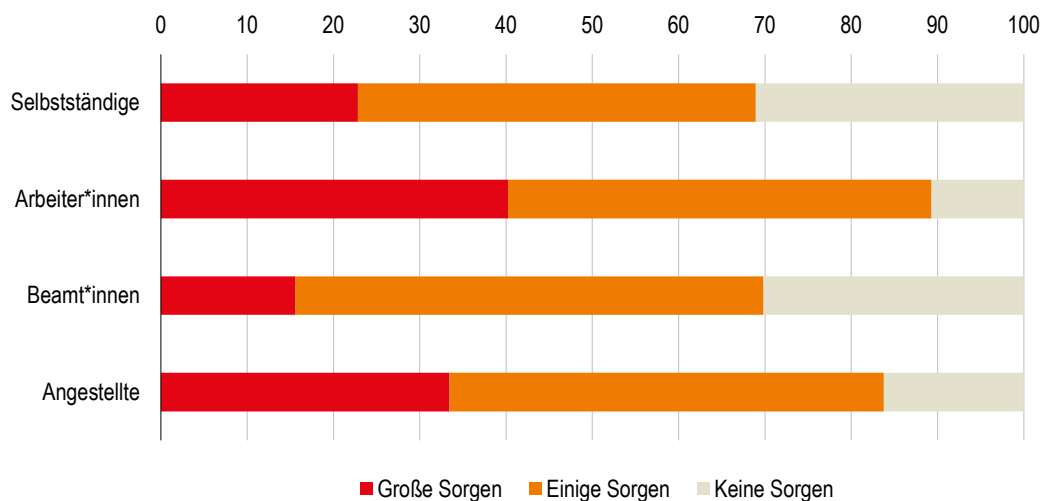
Neben der sozialen Lage unterscheiden sich die Sorgen auch nach der Lebensphase (siehe Abbildung 5c). Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil der Befragten zu, die sich aufgrund der Debatte keine Sorgen um ihre finanzielle Absicherung machen. Während bei den unter 30-Jährigen lediglich rund 8 Prozent keine Sorgen äußerten, steigt dieser Anteil auf rund 32 Prozent bei den Befragten ab 65 Jahren. Umgekehrt berichteten insbesondere Befragte im Alter von 30 bis unter 50 Jahren überdurchschnittlich häufig von großen Sorgen um ihre finanzielle Absicherung. Dies deutet darauf hin, dass die diskutierten Reformvorschläge insbesondere bei Menschen in der mittleren Erwerbsphase, in der finanzielle Vorsorge eine zentrale Rolle spielt, häufiger als Risiko wahrgenommen werden.

Abbildung 5: Sorgen um die finanzielle Absicherung nach Einkommen, Berufsstand, Alter
Angaben in %

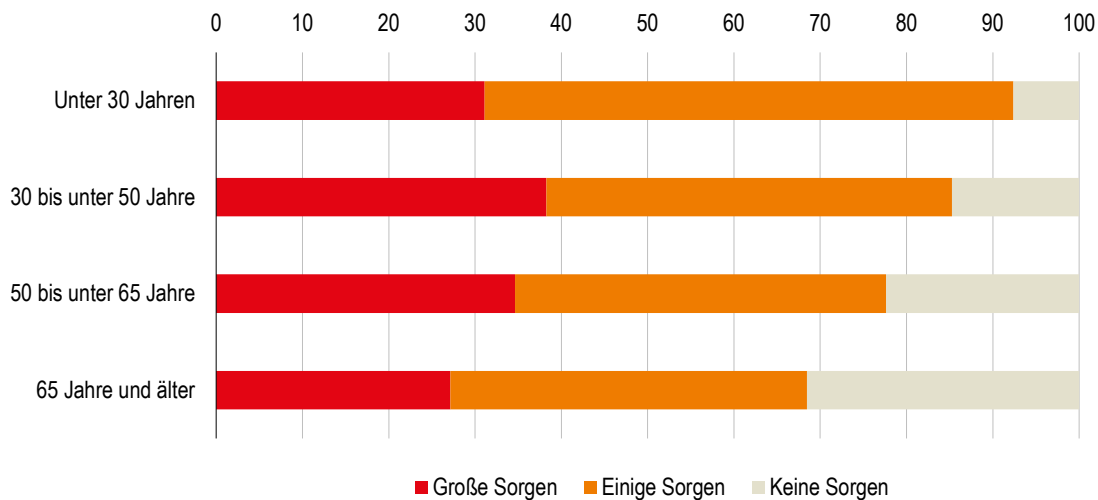
a) Sorgen nach Einkommen



b) Sorgen nach Berufsstand

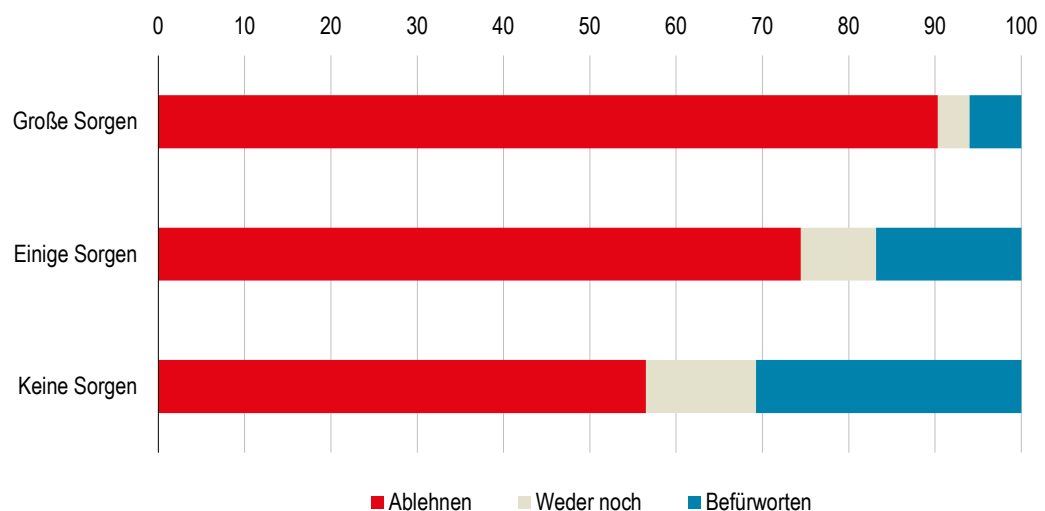


c) Sorgen nach Alter



Die Unterschiede bei den Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung spiegeln sich jedoch nicht in der grundsätzlichen Bewertung der diskutierten Reformen wider. Auch unter den Befragten, die aufgrund der aktuellen Debatte keine Sorgen um ihre finanzielle Absicherung äußerten, lehnt eine Mehrheit die Reformen des Sozialstaats ab (siehe Abbildung 6). Die Ablehnung ist damit nicht allein auf die Sorge vor möglichen eigenen finanziellen Einbußen zurückzuführen. Vielmehr stoßen die diskutierten Maßnahmen auch bei Personen, die sich selbst von möglichen Veränderungen weniger betroffen sehen, auf breite Ablehnung.

Abbildung 6: Einstellungen zu Reformen des Sozialstaats nach Sorgen
Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Auswirkungen der Sozialstaatsdebatte auf den Konsum

Große Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung könnten dazu führen, dass Haushalte ihre Konsumausgaben einschränken, um finanzielle Spielräume für die private Vorsorge zu sichern. Die Teilnehmenden der Umfrage wurden gefragt, inwieweit sie sich aufgrund der Debatte über Reformen des Sozialstaats bei ihren Ausgaben derzeit zurückhalten. Damit lässt sich untersuchen, in welchem Zusammenhang die Sorgen um die finanzielle Absicherung mit dem Konsumverhalten der Menschen stehen.⁸

Aus den Umfragedaten geht hervor, dass sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung in Deutschland aufgrund der Reformdebatte derzeit bei den Ausgaben zurückhält. Insgesamt gaben rund 42 Prozent der Befragten an, ihre Ausgaben deshalb einzuschränken (siehe Abbildung 7). Dabei äußerten Befragte mit großen Sorgen um ihre finanzielle Absicherung deutlich häufiger, ihren Konsum einzuschränken, als Befragte mit einigen oder keinen Sorgen (siehe Abbildung 8).⁹ Unter

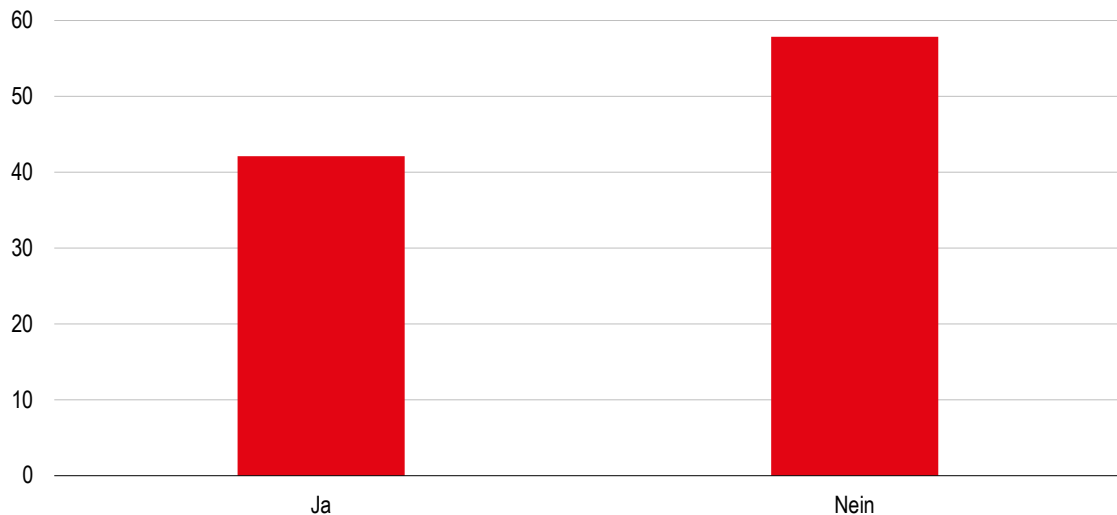
⁸ Die Frage zu den Auswirkungen der Debatte über den Sozialstaat auf die Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung wurde in der Umfrage erst nach der Frage zu Auswirkungen auf das Konsumverhalten gestellt, um ein Priming zu vermeiden.

⁹ Die aus der Abbildung ersichtlichen Unterschiede beim Konsumverhalten sind auch statistisch signifikant, wenn für Alter, Geschlecht, Bundesland, Haushaltseinkommen, Haushaltsgröße, Bildungsgrad, finanzielle Reserven und Parteipräferenzen kontrolliert wird.

den Befragten mit großen Sorgen gaben rund 71 Prozent an, sich derzeit bei ihren Ausgaben zurückzuhalten. Unter den Befragten mit einigen oder keinen Sorgen fielen die Anteile hingegen deutlich geringer aus (35 Prozent und 9 Prozent).

Abbildung 7: Konsumeinschränkungen

Angaben in %



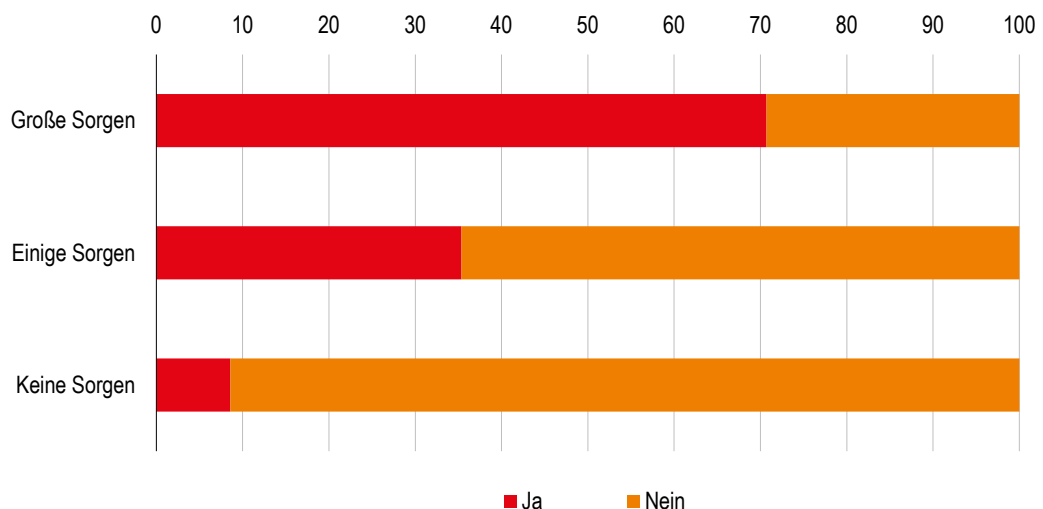
Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Debatte über den Sozialstaat viele Menschen verunsichert, was bereits zu Konsumeinschränkungen führte. Hält die Unsicherheit über einen möglichen Abbau des Sozialstaats an, könnte dies Haushalte dazu veranlassen, ihre Ausgaben auch künftig vorsichtiger zu planen, um privat vorzusorgen. Wenn sich die Konsumzurückhaltung in weiten Teilen der Bevölkerung verfestigt, könnte dies die private Nachfrage auch in den kommenden Monaten dämpfen und damit die konjunkturelle Erholung schwächen.

Abbildung 8: Konsumeinschränkungen nach Sorgen

Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.

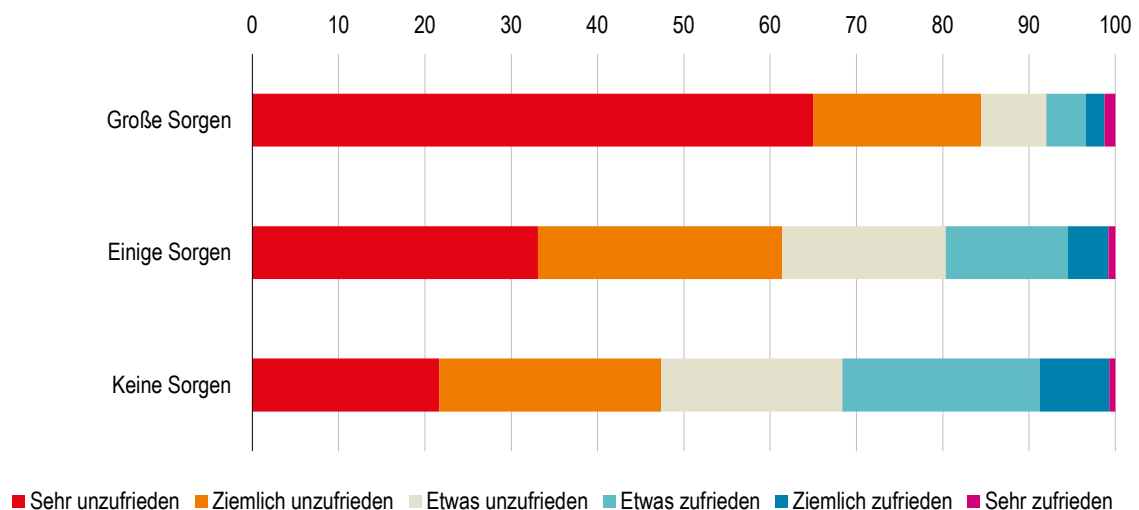


Gesellschaftliche Folgen der Sozialstaatsdebatte

Die aktuelle Debatte über Maßnahmen zur Reform des Sozialstaats hat bei vielen Menschen in Deutschland Sorgen um ihre finanzielle Absicherung ausgelöst. Solche Sorgen könnten über die unmittelbare Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation hinaus auch das Verhältnis der Menschen zu Staat und Politik beeinflussen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Zusammenhang die Sorgen um die finanzielle Absicherung mit der Zufriedenheit mit der Bundesregierung sowie dem Vertrauen in die Bundesregierung stehen.

Die Teilnehmenden der Umfrage wurden gefragt, wie zufrieden sie mit den gegenwärtigen Leistungen der Bundesregierung sind. Die Antwort konnte auf einer sechsstufigen Skala von „sehr zufrieden“ bis „sehr unzufrieden“ angegeben werden. Abbildung 9 zeigt die Antwortanteile nach den Sorgen um die finanzielle Absicherung. Generell ist auffällig, dass die Zufriedenheit mit der Bundesregierung in allen Gruppen sehr gering ist. Hierbei zeigen sich deutliche Unterschiede in der Zufriedenheit je nach Sorgen um die finanzielle Absicherung. So gaben rund 65 Prozent der Befragten mit großen Sorgen an, sehr unzufrieden mit den Leistungen der Bundesregierung zu sein. Unter den Befragten mit einigen oder keinen Sorgen fällt dieser Anteil mit 33 Prozent bzw. 22 Prozent deutlich geringer aus.

Abbildung 9: Zufriedenheit mit der Bundesregierung nach Sorgen
Angaben in %



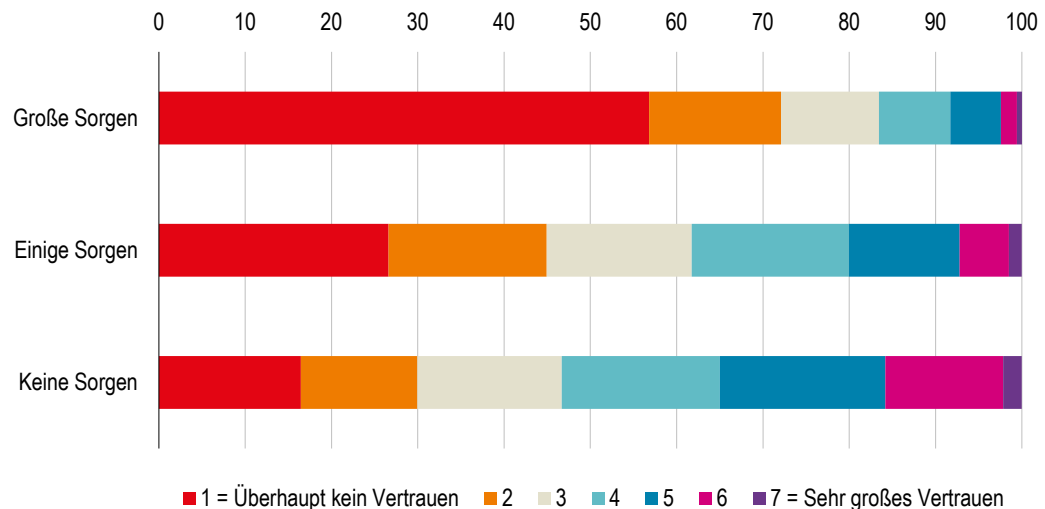
Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Zudem wurden die Teilnehmenden gefragt, wie groß das Vertrauen ist, das sie der Bundesregierung entgegenbringen. Die Antwort konnte auf einer siebenstufigen Skala von „überhaupt kein Vertrauen“ bis „sehr großes Vertrauen“ angegeben werden. Abbildung 10 zeigt die Antwortanteile nach den Sorgen um die finanzielle Absicherung. Das Vertrauen in die Bundesregierung fällt allgemein sehr gering aus. Dabei zeigen sich erneut deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen. Rund 57 Prozent der Befragten mit großen Sorgen gaben an, überhaupt kein

Vertrauen in die Bundesregierung zu haben. Unter den Befragten mit einigen oder keinen Sorgen liegt dieser Anteil mit 27 Prozent bzw. 16 Prozent deutlich niedriger.¹⁰

Abbildung 10: Vertrauen in die Bundesregierung nach Sorgen
Angaben in %



Quellen: Online-Befragung des IMK, Berechnungen des IMK.



Insgesamt zeigen die Ergebnisse einen engen Zusammenhang zwischen den Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung und der Bewertung der Bundesregierung. Mit zunehmenden Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung sinken sowohl die Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung als auch das Vertrauen in die Bundesregierung deutlich. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Reformdebatte bei vielen Menschen Zweifel daran weckt, ob der Staat auch künftig für eine ausreichende Absicherung zentraler Lebensrisiken eintreten wird. Die Ergebnisse legen damit nahe, dass die Erwartung einer verlässlichen sozialen Absicherung eine wichtige Grundlage für das Vertrauen in staatliches Handeln darstellt.

Schlussfolgerungen

Insgesamt zeigen die Umfrageergebnisse, dass die aktuelle Debatte über Reformen des Sozialstaats an sich zu einem Wachstumsrisiko für die deutsche Wirtschaft und zugleich zu einem politischen Risiko für die Bundesregierung geworden ist. Ein großer Teil der Bevölkerung macht sich aufgrund dieser Debatte Sorgen um die eigene finanzielle Absicherung und hält sich infolgedessen derzeit bei den Konsumausgaben zurück. Damit dürfte die anhaltende Debatte über den Sozialstaat bereits zur erhöhten Sparquote der privaten Haushalte beigetragen haben und den privaten Konsum sowie die ohnehin schwache inländische Nachfrage bremsen. Zugleich stoßen die diskutierten Kürzungsvorschläge bei den Sozialleistungen auf breite Ablehnung in der Bevölkerung, auch unter den Anhänger*innen der Regierungsparteien. Angesichts dieser Ergebnisse

¹⁰ Die aus der Abbildung ersichtlichen Unterschiede bei der Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung und dem Vertrauen in die Bundesregierung sind auch statistisch signifikant, wenn für Alter, Geschlecht, Bundesland, Haushaltseinkommen, Haushaltsgröße, Bildungsgrad, finanzielle Reserven und Parteipräferenzen kontrolliert wird.

scheint es unwahrscheinlich, dass Sozialstaatsreformen den von Befürworter*innen erhofften positiven Effekt auf die inländische Nachfrage und das Wirtschaftswachstum in Deutschland haben.

Literaturverzeichnis

- Baker, R. / Blumberg, S. J. / Brick, J. M. / Couper, M. P. / Courtright, M. / Dennis, J. M. / Dillman, D. / Frankel, M. R. / Garland, P. / Groves, R. M. / Kennedy, C. / Krosnick, J. / Lavrakas, P. J. / Lee, S. / Link, M. / Pekarski, L. / Rao, K. / Thomas, R. K. / Zahs, D. (2010): Research Synthesis. AAPOR Report on Online Panels. In: Public Opinion Quarterly, Jg. 74, H. 4, S. 711-781.
- Blank, F. / Dullien, S. / Stein, U. (2026): Empfehlungen der Rentenkommission bergen Risiken und Nebenwirkungen - Teilweise Umstellung auf Kapitaldeckung gefährdet Wirtschaftswachstum und soziale Sicherung, WSI Policy Brief Nr. 99, Düsseldorf.
- Breuer, C. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Paetz, C. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2026): Iran-Krieg durchkreuzt Hoffnung auf schnelle Erholung - Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage in Deutschland zur Jahresmitte 2026, IMK Report Nr. 201.
- Callegaro, M. / Villar, A. / Yeager, D. / Krosnick, J. A. (2014): A critical review of studies investigating the quality of data obtained with online panels based on probability and nonprobability samples. In: Callegaro, M. / Baker, R. / Bethlehem, J. / Göritz, A. S. / Krosnick, J. A. / Lavrakas, P. J. (Hrsg.): Online Panel Research: A Data Quality Perspective. UK: John Wiley & Sons, S. 23-53.
- Cornesse, C. / Blom, A. G. / Dutwin, D. / Krosnick, J. A. / Leeuw, E. D. de / Legleye, S. / Pasek, J. / Pennay, D. / Phillips, B. / Sakshaug, J. W. / Struminskaya, B. / Wenz, A. (2020): A Review of Conceptual Approaches and Empirical Evidence on Probability and Nonprobability Sample Survey Research. In: Journal of Survey Statistics and Methodology, Jg. 8, H. 1, S. 4-26.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
